



AUSGERECHNET SÜDDEUTSCHE ENTHÜLLT SKANDALÖSES VORGEHEN

VON BMI UND BAMF

Einen Tag nach der Bayernwahl: Familiennachzug über Fliegerhorst Erding

Von EUGEN PRINZ | Wie PI-NEWS bereits in einem Beitrag am 17. September 2018 vorausgesagt hat, führt nun das Rückführungsabkommen mit Griechenland zu einem neuen, dauerhaften Zustrom kulturfremder Migranten.

Ausgerechnet eines der linkslastigsten Blätter Deutschlands, die Süddeutsche Zeitung, bringt diese Tatsache in einem durchaus kritischen Artikel, der auch in der *Jungen Freiheit* hätte erscheinen können, ans Licht der Öffentlichkeit. Was die Vorgänge noch brisanter macht ist die Tatsache, dass sowohl das Bundesinnenministerium als auch das BAMF versucht haben, das neue Einreiseprogramm bis nach der Landtagswahl in Bayern vor der Bevölkerung geheim zu halten.

177 Angehörige der Beginn eines regelmäßigen Zustroms

Am Montag, pünktlich einen Tag nach der Bayernwahl, sind 177 Angehörige von bereits in Deutschland lebenden Flüchtlingen

aus Athen am Erdinger Fliegerhorst, einem ehemaligen Militärflugplatz, eingetroffen. In den kommenden Wochen sollen viele weitere folgen.

Die Neuankömmlinge landeten mit einem gecharterten Flug aus Athen am Münchner Flughafen und wurden noch am Rollfeld mit Bussen abgeholt und zur Einreiseregistrierung nach Erding gebracht, wo die entsprechende Logistik für Großabfertigungen zur Verfügung steht.

Aus dem entsprechenden Artikel der Süddeutschen Zeitung (SZ), von bösen Zungen aufgrund ihrer politischen Ausrichtung auch „Alpen-Prawda“ genannt, geht hervor, dass die Presse bei dieser Veranstaltung nicht willkommen war. Die Journalisten Florian Tempel und Gerhard Wilhelm berichteten, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) keine Fotografen auf dem Gelände des Warteraums zulassen wollte.

Wie die SZ auf Anfrage beim Bundesinnenministerium erfuhr, handelt es sich bei allen 177 Neuankömmlingen um Familienangehörige von bereits in Deutschland lebenden Flüchtlingen.

Das Bundesinnenministeriums bestätigte auch, dass künftig regelmäßig derartige Flüge geplant sind.

Erstaunliche Offenheit der Süddeutschen Zeitung

Die beiden Erdinger Journalisten der SZ äußern die Vermutung, dass das neue Einreiseprogramm vor der Bayerischen Landtagswahl bewusst nicht bekannt gegeben wurde. Hier ein Auszug aus ihrem Artikel:

Dass nun über Erding ein neues Einreiseprogramm gestartet wurde, wurde vor der bayerischen Landtagswahl offenbar bewusst nicht bekannt gegeben. Das Bamf und das Bundesinnenministerium hatten jedenfalls eine bereits am Freitag gestellte Presseanfrage über geplante Aktivitäten im Warteraum Erding nicht konkret beantwortet. Zunächst hieß es

nur: „Für die Zukunft sind in Erding weitere Aufnahmen von Asylsuchenden sowie Familienzusammenführungen im Rahmen des Dublin-Verfahrens geplant. Ob auch Familienangehörige von subsidiär Schutzberechtigten in Erding aufgenommen werden, ist bislang offen. Ebenso ist bislang keine Entscheidung über einen Weiterbetrieb über den 31. Dezember 2018 hinaus getroffen worden.“

Die Autoren melden in ihrem Artikel überdies Zweifel an, dass der Charterflug am Montag dem von Horst Seehofer (CSU) geführten Bundesinnenministerium am Freitag nicht bekannt gewesen sein soll. Denn die Familienzusammenführung setzt ein umfangreiches Prüfungsverfahren voraus, das viele Monate dauert und bei dem die deutschen Behörden lange vorher einbezogen sind.

Es ist schon eine erstaunliche Informationspolitik, die Politik und Behörden betreiben: Die Abschiebung einer handvoll Afghanen in einem Charterflug nach Kabul wird regelmäßig als Glanzleistung bundesweit in den Medien verbreitet, während man die Inbetriebnahme eines Einwanderungs-Förderbands am Erdinger Fliegerhorst schamhaft verschweigt.

Wähler in Hessen: Augen und Ohren auf!

Am 28. Oktober sind die Landtagswahlen in Hessen. Es bleibt zu hoffen, dass die Wähler dort die richtigen Schlüsse aus diesem Artikel ziehen und den Altparteien beim Urnengang zeigen, was sie von einer solchen Informationspolitik, die schon an Wählerbetrug grenzt, halten.